PB.Z-01-001-2

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 1 bis 54:

~~Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark. Weil Menschen sich engagieren, auf Fußballplätzen, bei der freiwilligen Feuerwehr, in Musikschulen oder am Sorgentelefon, Junge für Alte, Alte für Junge. Weil es ein breites Kulturangebot gibt, eine vielfältige Medienlandschaft. Weil die Jugend sich einmischt, weil Menschen in Kommunalparlamenten Verantwortung übernehmen, sich Bürger*innen in Foren einbringen und das Schicksal ihrer Orte in die Hand nehmen.~~

~~Aber Demokratie ist nie fertig. Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland und Europa ist ein Versprechen, das wir immer wieder neu erfüllen müssen. Es verspricht gleiche Entfaltungsmöglichkeiten und Rechte für alle, die hier leben. Es ist oft anstrengend, teils eine Zumutung, wenn andere Ansichten und Werthaltungen akzeptiert und respektiert werden müssen, wenn es den einen zu schnell und den anderen zu langsam vorangeht. Aber vor allem ist es eine Stärke: zuhören, den Dialog suchen, inhaltlich ringen. So haben wir als demokratische Gesellschaft die Herausforderungen der letzten Jahrzehnte gemeistert. Nun gilt es mit voller Gleichberechtigung und mehr Beteiligung unsere liberale Demokratie zu stärken, in Deutschland und in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, und unsere Institutionen fit zu machen für die Aufgaben dieses Jahrzehnts.~~

~~Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn Würde und gleiche Rechte vor der Klammer stehen, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft, in unserem Europa gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen können, kommen Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – heraus und wird Gerechtigkeit befördert. Dieser Anspruch ist jedoch noch nicht voll verwirklicht. Wenn mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und bezahlt wird, ist die Demokratie nicht vollkommen. Viele Menschen erleben noch immer Ausgrenzung und Diskriminierung. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen aus Ostdeutschland oder mit Migrationsgeschichte. Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.~~

~~Rassismus trifft uns nicht alle, aber er geht uns alle an. Wenn wir als Gesellschaft lernen, Vielfalt als Reichtum zu begreifen, schützen wir uns gegenseitig vor Gewalt, Hetze, Ausgrenzung, Frauenhass und Rassismus. Aber das reicht noch nicht. Wir wissen, dass aus diskriminierenden Worten Taten werden. Die Angriffe von Extremist*innen, insbesondere von rechts, treffen unsere demokratische Gesellschaft bis ins Mark. Sie zielen auf Menschen beim Beten, beim ausgelassenen Beisammensein oder in den Institutionen des Staates. Unsere Demokratie muss wehrhaft dagegenhalten, mit einer starken Zivilgesellschaft, selbstbewussten Parlamenten, einer gut ausgestatteten und bürger*innennahen Polizei und handlungsfähigen, starken Justiz. Es ist Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.~~

~~Wie wir unser Zusammenleben gestalten, hängt stark vom Zusammenspiel zwischen Bürger*innen und dem Staat ab. Wenn Menschen beteiligt und gehört werden, geht Planung schneller. Wenn Jugend mitentscheidet, werden Entscheidungen besser und zukunftsfester.~~

~~Wenn Gleichberechtigung und Vielfalt herrschen, werden sie ausgewogener und nachhaltiger. Wir wollen deshalb mehr Möglichkeiten schaffen, damit Menschen sich einbringen können.~~

~~Immer mehr Herausforderungen sind europäisch und global. Sie bewältigen wir nur in einer starken Europäischen Union, die Handlungswillen und Handlungsfähigkeit zusammenbringt und die von ihren Bürger*innen aktiv mitgestaltet wird. Darum denken wir unsere Demokratie konsequent europäisch, wollen diese vertiefen, lähmende Blockaden strukturell überwinden – und so Zukunftsfragen beherzt angehen. Unser Fixstern für die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist die Föderale Europäische Republik.~~

~~Gleichzeitig gilt es unseren demokratischen Staat auf die Höhe der Zeit zu bringen. Alte Faxgeräte, fehlendes Personal und überbordende Bürokratie nerven und verhindern, dass es vorangeht. Unser Ziel ist ein gut funktionierender Staat, pragmatisch und den Menschen zugewandt. Ein Staat, der mit einer effizienten, zugänglichen Verwaltung in der Lage ist, Krisen zu bewältigen, und das Land voranbringt, der es Menschen leicht macht, ihren Alltag zu bewältigen und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Und wir wollen mit Anstand und Transparenz regieren, bauend auf Gleichberechtigung und kooperativ. Für Zusammenhalt in Vielfalt, in einem bürger*innennahen Staat.~~

Unsere vielfältige Gesellschaft ist stark, weil Menschen sich engagieren und unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft vielfältige Möglichkeiten bietet, sich aktiv einzusetzen.

Unser demokratisches Zusammenleben in Deutschland und Europa ist ein Versprechen. Es verspricht gleiche Entfaltungsmöglichkeiten und gleiche Rechte für alle, die hier leben. Die demokratische Gesellschaft meistert die künftigen Herausforderungen. indem sie die Unterstützung ihrer Bürger*innen fordert. Der Lohn für demokratisch herbeigeführte Lösungen ist die hohe Akzeptanz durch die Bürger*innen. In Deutschland und in Europa, auf den Straßen, in den Parlamenten, gilt es nun, unsere Institutionen fit für die kommenden Aufgaben zu machen.

Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Wenn Frauen, die Hälfte der Bevölkerung, nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und bezahlt werden, viele Menschen noch immer Ausgrenzung und Diskriminierung erleben, wenn Rassismus und Antisemitismus aufleben und in einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in staatlichen Institutionen wieder Einzug findet, wenn verbrecherische Ideologien des Nationalsozialismus und Faschismus und andere despotische Denkrichtungen wieder aufleben, die Lüge und der Fanatismus den Blick auf die Wirklichkeit verdunkeln und Gewalt in Sprache und Tat zur geduldeten Form der Auseinandersetzung in einer Gesellschaft werden, dann ist die Demokratie und unsere Freiheit in höchster Gefahr.

Zusammenleben hält sich nicht an nationale Grenzen. Viele der Herausforderungen, die sich aus dem Zusammenleben ergeben, erfordern europäische und globale Lösungen. Diese bewältigen wir nur in einer starken Europäischen Union. Europäischer Handlungswille und Handlungsfähigkeit brauchen europäische Bürger*innen, die aktiv und demokratisch mitgestalten. Die Voraussetzung für ein beherztes Angehen der vor uns liegenden Aufgaben ist eine Stärkung der demokratischen Einrichtungen der Union und der Entwicklung einer gemeinsamen Politik der Mitgliedsstaaten. Die Weiterentwicklung zur Föderalen Europäischen

Republik ist unsere europäische Antwort, unser Beitrag zur Bewältigung der bereits am Horizont heraufziehenden Herausforderungen.

Begründung

Das Wahlprogramm soll unsere Wähler*innen und uns Wahlkämpfer*innen nicht paternalistisch belehren, sondern die politischen Verhältnisse klar benennen und unterstreichen, deren wir uns für die nächste Wahlperiode prioritär annehmen.

weitere Antragsteller*innen

Christopher Graf (KV Goslar); Jeanne Emilia Riedel (KV München); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Verena Fuchslocher (KV Mannheim); Andreas Müller (KV Essen); Kerstin Dehne (KV München); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Gregor Kaiser (KV Olpe); Steffen Pichl (KV Fulda); Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland); Rudi Seibt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen)